

tags aussehen soll. Diese Aussicht muss inhaltlich als Alternative zur Gegenwart erkennbar sein und damit implizit eine Antwort auf die Selbstoptimierung als einzige, verzweifelte Erwidern auf Alltagszwänge, auf strukturelle Fremdbestimmung und individuelle Ohnmacht bieten.

Vor allem aber sollte dies in aller Deutlichkeit als Alternative formuliert und kommuniziert werden. Letzteres beinhaltet in der Konsequenz auch, dass man sich durchaus gegen diesen sozialdemokratischen Vorschlag entscheiden kann. Dennoch täte sich damit die SPD nicht nur selber, sondern auch der Demokratie in Deutschland einen Gefallen. Denn demokratische Politik besteht genau darin: selbstbewusst eine klare Alternative anzubieten, einen Streit um die Konturen der zukünftigen Gesellschaft zu führen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt auch der Begriff des Lagerwahlkampfes seine Bedeutung. Es geht nicht darum, sich durch die Radikalität von Einzelmaßnahmen

von politischen Konkurrenten abzuheben. Die SPD als linke Mittepartei hat sich in ihrer Vergangenheit aus guten Gründen immer immun gegenüber radikalen Versuchen gezeigt. Das bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, dass die progressive Vorstellung einer offenen, in allen Belangen emanzipierten Gesellschaft mit Aufstiegschancen und starkem sozialem Ausgleich sich nicht fundamental von konservativen Stillstandsexperimenten unterscheiden würde. Je klarer die Alternativen hervortreten, umso einfacher ist Mobilisierung und Wahlkampf. Vor diesem Hintergrund muss auch die AfD kein Anlass zur Sorge sein. Die Vorstellungen dieser Partei sind ohnehin nicht mit denen der SPD kompatibel – soll sich ruhig die CDU der Frage widmen, ob diese für sie als Koalitionspartner in Frage kommt. Die unterschiedlichen Vorstellungen von einer guten Gesellschaft zwischen CDU und SPD würden dadurch nur noch deutlicher hervortreten.



**Alexander Petring**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).  
[petring@wzb.eu](mailto:petring@wzb.eu)



**Christian Kellermann**

ist Politökonom und Mitarbeiter beim SPD-Parteivorstand in Berlin.

[christian.kellermann@spd.de](mailto:christian.kellermann@spd.de)

*Gero Maass*

## Nordic Model 2030 – Erosion oder Erneuerung?

Die nordischen Länder mit ihren kleinen exportorientierten Volkswirtschaften, gut entwickelten Wohlfahrtsstaaten und organisierten Arbeitsmärkten sind mit ihrem *Nordic Model* immer wieder Orientierungspunkt für die soziale Demokratie oder abschreckendes Beispiel für neoliberale Parteigänger. Letztere verweisen dann auf einen übertrieben großen öffentlichen Sektor, übermäßige Steuersätze, starre Arbeitsmärkte oder Gewerkschaften, die über

Tarifpolitik und (staatliche) Regulierung übermächtig Einfluss hätten.

In den 90er Jahren sind die nordischen Länder – allen voran Schweden – durch eine tiefe Wirtschaftskrise gegangen. Viele hatten sie schon abgeschrieben: Der Economist rief 2006 das Ende eines weiteren europäischen Traumes aus: *Farewell, Nordic Model*. Indes – Totgesagte leben bekanntlich länger: Es folgte eine Phase der ökonomischen Erholung, die mit einer Renais-

sance der Reputation des nordischen Modells einherging. Auch durch den jüngsten Zyklus von Finanz-, Euro- und Wirtschaftskrise im europäischen Raum sind die Länder bislang ganz passabel gekommen. Der Economist übte ein paar Jahre später mit *Nice up north* (27.1.11) Wiedergutmachung, um sie dann zum *next supermodel* (2.2.13) zu erklären.

In internationalen Rankings findet man die Nordeuropäer in Bezug sowohl auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie soziale Errungenschaften auf den vorderen Plätzen. Die nordischen Länder stehen indes vor einer Vielzahl neuer Herausforderungen und können sich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Mitte November hat SAMAK, die Vereinigung der Sozialdemokratischen Parteien und LO-Gewerkschaftsbünde der Region, die Ergebnisse ihres NordMod2030 Projektes auf ihrer Jahrestagung in Oslo vorgestellt. Das Vorhaben war seit Ende 2012 unter Federführung des norwegischen Forschungsinstitutes Fafo zusammen mit einem Team nordischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler/innen ins Werk gesetzt worden. Ihre Kernfrage: Erodieren das Modell, oder sind die gesellschaftlichen Akteure in der Lage, den neuen Herausforderungen, Risiken und Entwicklungstrends durch die Erneuerung der Institutionen zu begegnen und die politische Unterstützung für gerechte Verteilung, ausgewogenes Wachstum und Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten? Damit möchten sie auch die Diskursfähigkeit über die Entwicklungsrichtung der nordischen Gesellschaften aus gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Sicht zurückgewinnen.

*Die Säulen des nordischen Kapitalismus* Trotz aller Länderspezifika – in historischer Genese, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zeichnen sich die nordischen Gesellschaften durch eine Reihe von ähnlichen Strukturelementen aus, die es erlauben, von einem nordischen Modell zu sprechen:

1. Die historische Genese zeigt längere sozialdemokratische Regierungszeiten sowie eine enge Kooperation zwischen sozialdemokratischer Regierung und Gewerkschaften.

2. Zentrales gesellschaftspolitisches Rückgrat ist der immer noch hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad und eine ausgeprägte Sozialpartnerschaft mit der Tendenz, tarifvertragliche Regelungen den gesetzlichen Regulierungen vorzuziehen. Der Staat sorgt über aktive Arbeitsmarktpolitik indes mit für ein hohes Beschäftigungsniveau.

3. Eine hohe Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit auf der Basis freier, weitgehend unregulierter Märkte mit starken Eigentumsrechten paart sich mit hoher kollektiver sozialer Risikoabsicherung, einem stabilen, konsolidierten Bankensektor sowie einem dualen Steuersystem (hohe individuelle Einkommens- und niedrige Kapitalbesteuerung).

4. Umfragen dokumentieren das hohe Maß an gewachsenem politischen Vertrauen in die politischen wie gesellschaftlichen Institutionen der stabilen Demokratien und Solidargemeinschaften. Die hohen Zustimmungswerte verweisen auch auf Bürgernähe und hohes Partizipationsgefühl, was wiederum an einer hohen Wahlbeteiligung abzulesen ist. Das Vertrauen in Politik und Solidargemeinschaft spiegelt sich auch in geringer Korruptionsanfälligkeit.

Was sich wirtschaftlich in langfristiger Unternehmensführung niederschlägt, zeigt sich im sozialpolitischen Profil als steuerfinanzierter Wohlfahrtsstaat mit universellen Rechten: Er sorgt nicht nur für gut ausgestattete soziale Netze und einen beschäftigungsreichen öffentlichen Dienstleistungssektor sowie ein gutes Bildungssystem, sondern auch für ein hohes Maß an Frauenerwerbstätigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Statt nur als »kostspielig« wahrgenommen zu werden, schafft der »investive« Wohlfahrtsstaat mit die Grund-

lagen für den nächsten Wachstumszyklus. Und er setzt sich zwischen den Sozialpartnern auf lokaler und Unternehmensebene als *Nordic Micro Model* fort, mit einem partizipativen Engagement für Innovation, Effizienz und Produktentwicklung.

Das NordMod-Projekt identifiziert aber auch Triebkräfte und Trends, die progressiven Politikansätzen nicht nur im Norden das Leben schwer machen und am nordischen Funktionsdreieck von Wirtschaftsregierung, organisierten Arbeitsmärkten und öffentlichen Sozialleistungen nagen:

Zu nennen sind hier die Globalisierung, der technologische Wandel und der Klimawandel. Trotz guter, breit verankerter Bildungsbasis, hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung und einem stabilen Bankensektor: Die Finanzkrise setzte auch den kleinen weltmarktoffenen Ökonomien des Nordens zu. Und auch eine engagierte und »grüne« Innovations- und Industriepolitik kann mit Blick auf die Digitalisierung der Wirtschaft sektorielle Verwerfungen nicht verhindern, wie etwa die Beispiele von Nokia in Finnland oder Volvo in Schweden zeigen. Insgesamt ist die Region jedoch glimpflich durch die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre gekommen; selbst das Finanzkrisenland Island hat sich erholt.

Aus dem Blickwinkel der Verteilungsgerechtigkeit gesehen, gehören die nordischen Länder im internationalen Vergleich immer noch zu den gerechtesten Gesellschaften. Die Vermögenskonzentration hat jedoch auch dort zugenommen. Die Verteilung der Vermögen ist etwa mit der in Deutschland im Jahr 2000 vergleichbar. Im letzten Jahrzehnt verzeichnete Schweden einen der stärksten Konzentrationsprozesse. Weniger die Einkommen als die Industrie- und Finanzvermögen konzentrierten sich in Schweden immer schon auf eine überschaubare Gruppe von Familien.

Wirtschaftlich, währungstechnisch und

politisch sind nicht nur die nordischen Mitgliedsländer, sondern auch Norwegen und Island von der Einbindung und den Entwicklungen in der EU im Allgemeinen sowie deren Binnemarkt und dem Euro im Besonderen abhängig. Der Fall der lettischen Baufirma Laval steht für den europäischen Druck auch auf ihre Arbeits- und Sozialsysteme. Am 18. Dezember 2007 fällte der EU-Gerichtshof ein Urteil, mit welchem das schwedische Gesamtarbeitsvertrags-Modell seine Gültigkeit verlor, die Position der Lohnempfänger geschwächt und der schwedische Arbeitsmarkt für Sozialdumping geöffnet wurde.

Die wachsende Migration übt nicht nur Druck auf die Arbeitsmärkte aus, sondern stellt auch die Integrationsfähigkeit auf die Probe, perforiert die gesellschaftliche Homogenität, nagt am sozialen Vertrauenskapital der Solidargemeinschaft und schafft somit Raum für wachsenden Rechtspopulismus und das Risiko einer Destabilisierung der politischen Institutionen.

Der demografische Wandel wird auch in den nordischen Ländern spürbar, obwohl er durch eine erfolgreiche Gender- und Familienpolitik abgemildert werden konnte. Dies verstärkt den finanzpolitischen Druck auf die Gesundheits-, Pflege- und Rentensysteme, was vor allem in wirtschaftlichen Krisenzeiten die gemeinsamen bzw. konträren Interessenlagen von sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften auf die Probe stellt.

Der wissenschaftliche Abschlussbericht von Fafo erkennt die Herausforderungen und schlägt eine Reihe von Handlungsoptionen vor, die die politische Deklaration indes nur zögerlich in politische Handlungsleitlinien umzusetzen vermag. »...we need new stories and expressions to frame the concerns, needs and dreams as they are lived by the peoples of the Nordic countries« (»...wir müssen neue Begriffe und Narrative finden, um den Sorgen, Bedürfnissen und

### ... und seine Kernherausforderungen

### Diskurshoheit zurückgewinnen

Träumen der Menschen in den nordischen Ländern gerecht zu werden«), umriss die gemeinsame Erklärung aller SAMAK Mitgliedsparteien und Gewerkschaften den Arbeitsauftrag. Diesem Anspruch, eine Brücke zwischen dem Herausforderungs- und Werteprofil auf der einen Seite und einem neuen Narrativ mit konkreter politischer Handlungsanweisung auf der anderen Seite zu schlagen, wird die Deklaration »We build the Nordics« indes nur begrenzt gerecht. Die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsparteien und -gewerkschaften, deren politische Gestaltungskraft wie nationale Besonderheiten in den Wirtschafts- und Sozialordnungen schlagen trotz nordischer Gemeinsamkeiten zu Buche.

Dabei suchen alle beteiligten Akteure nach Antworten auf sechs zentrale Kernfragen:

Wie gewährleistet man eine profitable und umweltgerechte Produktion in Zeiten globalen Wettbewerbs? (Innovation) Wie sichern wir ein hohes Beschäftigungsniveau als Grundlage nachhaltiger Prosperität und Wohlfahrt? (Arbeit) Wie organisiert man eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern mit den staatlichen Akteuren – auf nationaler wie betrieblicher Ebene? (Kooperation) Wie sichert man sozialen Ausgleich? (Teilhabe) Wie engagiert man sich für die Lebensbedingungen und Mitsprache benachteiligter Gesellschaftsschichten? (Soziale Sicherung) Wie mobilisiert man ausreichend Unterstützung für die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft? (Mobilisierung).

Je nachdem, ob Gewerkschaften und Sozialdemokratie erfolgreiche Antworten auf diese Kernfragen finden und entsprechende Unterstützung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft organisieren können, entwirft der Abschlussbericht zwei Szenarien. Einerseits das *Nordic Model*, denkbar bei breiter Unterstützung in der Bevölkerung und von allen etablierten

Parteien sowie Organisationen, mit internationaler Strahlkraft und mit der Kraft für die anhaltenden Erneuerungs- und Instandhaltungsnotwendigkeiten. Weniger optimistisch hingegen der *Nordic Way*, als rhetorische Staatsräson, wo indes zentrale Institutionen und Instrumente ausgehöhlt werden, Wohlfahrt und Lebensstandard zwar wachsen mögen, indes die Ungleichheit zunimmt, die Beschäftigungsquote stagniert oder fällt und nicht mehr alle Bevölkerungsgruppen am Erfolg teilhaben. Sozialpartnern wie progressiven Parteien fällt es dann immer schwerer, die notwendigen tragfähigen Koalitionen zu schmieden.

Ein Blick auf die wirtschaftlichen Grundlagen stimmt für die Zukunft zunächst optimistisch. Weitgehend undiskutiert blieb indes die wirtschaftspolitische Achillesferse der nordischen Ökonomien: Der geringen Staatsverschuldung steht eine rasant wachsende Verschuldung der privaten Haushalte gegenüber. Wohnungsmangel und hohe Immobilienpreise in den Großstädten haben zur Folge, dass immer mehr Dänen, Norweger und Schweden hoch verschuldet sind. Gleichzeitig ist die Bereitschaft, die Schulden auch zu tilgen, nur wenig ausgeprägt. Die schwedische Zentralbank wie auch der IWF beobachten den wachsenden Schuldenberg etwa in Schweden mit großer Sorge.

Was den gesellschaftlich-programmatischen Diskurs angeht, unterstreichen Wissenschaftsbericht sowie Deklaration zu Recht immer wieder die besondere Bedeutung der Beschäftigungspolitik sowie die Funktionsweise der organisierten Arbeitsmärkte. Das nordische Modell beruht mehr auf arbeitsmarkt- und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften, wie beispielsweise einem gewerkschaftlichen Kollektivvertragswesen, als auf umfassender staatlicher Regulierung. Als eine der zentralen Stellschrauben sieht der Fafo-Bericht deshalb die aktive Mitgliederrekrutierung seitens der Gewerkschaften.

Der finnische Ökonom Juhana Varti-

ainen zeichnet in seinem Beitrag nüchtern die Schwierigkeiten der nordischen Sozialdemokratie bei der Reform von Arbeitsmarkt oder Sozialsicherungssystemen nach und wirft einen Blick auf die Diskurslosigkeit in den nordischen Gesellschaften. War etwa den schwedischen Moderaten in den 80er Jahren ein Olof Palme als Sinnbild des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates noch tief verhasst, so akzeptieren sie inzwischen die Grundfesten der nordischen Modelle. Bei den Wahlen 2006 verhalf es ihnen zum Durchbruch. Eine Erfolgsstrategie, die die norwegische Høyre kopierte. Zu Recht verweist SAMAK indes auf die Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien in ihrem Diskurs zwar den *Nordic Way* preisen, jedoch dessen gewerkschaftliche Grundfeste nicht akzeptieren wollen bzw. ihre Politiken auf eine Veränderung der industriellen Beziehungen hinauslaufen.

Die sich wandelnde politische Landschaft setzt die strategischen Machtperspektiven der Sozialdemokratie im nächsten Jahrzehnt einem dauerhaften Stress-test aus:

Die jüngsten Reichstagswahlen in Schweden haben bestätigt, dass sich die politische Achse nach rechts verschiebt. Allenfalls Norwegen ist heute noch ein »sozialdemokratisches Stammland« mit einem Stimmenpotenzial von 35 % und mehr. Schweden hat zwar eine rot-grüne Minderheitsregierung, die Parlamentsmehrheit liegt jedoch rechts der Mitte.

Schließlich werden die Rechtspopulisten zum Zünglein an der Waage. Ob *Wahre Finnen*, *Schwedendemokraten*, die norwegische *Fortschrittspartei* oder die dänische *Volkspartei* – ihr Politikmix aus Sozialpopulismus, Europaskeptizismus, Eliten- und Migrationskritik ist auch für die Sozialdemokraten eine gefährliche Mischung. In-

ternen Wahlanalysen des Gewerkschaftsbundes LO zufolge, folgen deren Mitglieder, gefragt nach ihren Wahlpräferenzen, den Sozialdemokraten (51%) und als zweitstärkster Gruppierung bereits den Rechtspopulisten (mit 11%). In Norwegen haben letztere als Juniorpartner der konservativen Partei seit September 2013 direkte Regierungsverantwortung übernommen.

Neben der alten *Nordic Model*-Achse, einer primär von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen dominierten Links-Rechts-Achse, orientieren sich die politischen Milieus nun zunehmend an der GAL-TAN-Achse »grün, alternativ und libertär« versus »traditional, autoritär und national«.

Die komplexere Parteienlandschaft kann für unklare Mehrheitsverhältnisse sorgen, den kooperativen Politikstil sowie die Handlungsfähigkeit bedrohen und so längerfristig das politische Vertrauen in die staatlichen Institutionen und damit auch in den steuerbasierten Wohlfahrtsstaat untergraben. Mehr noch macht sie den Gewinn einer sozialdemokratischen Mehrheit bei den Wahlen nicht einfacher. Vielmehr kommt es in Zukunft auf eine smarte Bündnis- und Koalitionspolitik an.

Einmal mehr hängt die Zukunft des *Nordic Model* stark von der gesellschaftspolitischen Gestaltungskraft der Gewerkschaften und ihrem Zusammenspiel mit der Sozialdemokratie ab. Die enge, personelle und institutionengestützte Kooperation zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften besteht heute indes eigentlich nur noch in Schweden und Norwegen. Zudem verlieren in allen Ländern die LO-Arbeitergewerkschaften an Boden, während die wachsenden Angestelltengewerkschaften sich politisch nicht binden möchten.



**Gero Maass**

leitet das Büro der FES für die nordischen Länder in Stockholm.

[gero.maass@fesnord.se](mailto:gero.maass@fesnord.se)